

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 27 | 06.07.2018

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre  
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl II 141/2018](#)

Verordnung des Bundesministers für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz, mit der die **Geschäftsordnung für die Gerichte I. und II. Instanz** geändert wird

### [BGBl II 144/2018](#)

Verordnung der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, mit der die **Altfahrzeugeverordnung** geändert wird (**Altfahrzeugeverordnung-Novelle 2018**)

### [BGBl II 168/2018](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Zentralkreditregister-Austauschverordnung** aufgehoben wird

### [BGBl II 169/2018](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Geldmarktfondsverordnung** aufgehoben wird

### [BGBl II 170/2018 \(Anlagen\)](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Meldungen zur Erhebung granularer Kreditdaten (**Granulare Kreditdatenerhebungs-Verordnung 2018 – GKE-V 2018**)

### [BGBl III 107/2018 \(Anlage\)](#)

Abkommen zwischen dem Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie der Republik Österreich und der Dänischen Behörde für Transport, Bau- und Wohnungswesen des **Königreichs Dänemark** über die Durchführung von Artikel 83bis des Abkommens über die **Internationale Zivilluftfahrt**

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABI L 165I v 02.07.2018, 1](#)

Beschluss (EU) 2018/937 des Europäischen Rates vom 28. Juni 2018 über die Zusammensetzung des **Europäischen Parlaments**

### [ABI L 166 v 03.07.2018, 17](#)

Beschluss (GASP) 2018/942 des Rates vom 29. Juni 2018 zur Änderung des Beschlusses 2013/354/GASP über die Polizeimission der Europäischen Union für die **Palästinensischen Gebiete** (EUPOL COPPS)

## III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

#### 11.06.2018, [E 2418/2017 ua](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Zurückweisung des Antrags auf internationalen Schutz und Feststellung der Zuständigkeit Bulgariens sowie Anordnung der **Außerlandesbringung** infolge Unterlassens eines ordnungsgemäßen Ermittlungsverfahrens zur Versorgungslage von Asylwerbern in Bulgarien; mangelnde Berücksichtigung der Berichte zum bulgarischen Asylsystem an sich und in Bezug auf vulnerable Personen

#### 12.06.2018, [E 547/2018](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines subsidiär Schutzberechtigten und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; Beurteilung der Gefährdungslage in der Entscheidungsbegründung in Widerspruch zu den vom Rechtsmittelgericht selbst getroffenen Feststellungen; mangelnde Auseinandersetzung mit innerstaatlichen Fluchtalternativen

#### 15.06.2018, [G 77/2018](#)

**PersonenstandsG**; **EMRK**; Art 8 EMRK räumt Personen mit einer **Variante der Geschlechtsentwicklung** gegenüber männlich oder weiblich das verfassungsgesetzlich gewährleistete Recht ein, dass auf das Geschlecht abstellende Regelungen ihre Variante der Geschlechtsentwicklung als eigenständige geschlechtliche Identität anerkennen; insb Schutz vor **fremdbestimmter Geschlechtszuweisung** durch Eintragung im Personenstandsregister oder in Urkunden; Begriff des Geschlechts iSd § 2 Abs 2 Z 3 PersonenstandsG ausreichend allgemein, dass er sich dahingehend verstehen lässt, dass auch alternative Geschlechtsidentitäten miteingeschlossen sind; Ermittlung einer hinreichend konkreten, abgrenzungsfähigen Begrifflichkeit unter Rückgriff auf den Sprachgebrauch möglich; keine Notwendigkeit der Aufhebung von Bestimmungen

#### 27.06.2018, [G 30/2017](#)

**Gesellschafter-AusschlussG**; Abweisung eines Antrags auf Aufhebung von Bestimmungen des Gesellschafter-AusschlussG; **keine Verletzung des Grundrechts auf Eigentum und des aus dem Gleichheitsgrundsatz ableitbaren Vertrauensschutzes** durch Bestimmungen betreffend den **Ausschluss eines Minderheitsgesellschafters mit geringer Beteiligung** aus einer auch vor dem Inkrafttreten des Gesetzes errichteten Kapitalgesellschaft; keine Unverhältnismäßigkeit des Eigentumseingriffs; Vereinbarkeit mit dem Vertrauensschutz insb in Anbetracht der bereits zuvor bestandenen Ausschlussmöglichkeiten nach dem UmwandlungsG und SpaltungsG sowie der durch die Novellierung verbesserten Rechtsschutzmöglichkeiten eines ausgeschlossenen Gesellschafters

## B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

30.04.2018, [Ra 2017/01/0418](#)

**AsylG; Zuerkennung des Status des Asylberechtigten;** das Gesetz kennt weder einen „originären“ Status des Asylberechtigten, noch spricht das Gesetz in § 34 Abs 4 AsylG davon, dass im Familienverfahren ein anderer, nur „abgeleiteter“ Status zuzuerkennen ist; im Gegenteil ist der Status des Asylberechtigten an sich (ohne weitere Differenzierung) zuzuerkennen; rechtliche Geltung erlangt nur der Spruch eines Bescheids; dieser legt dadurch die Reichweite der Rechtskraft fest; aus welchen näheren Gründen der Status des Asylberechtigten gewährt wurde, ist Gegenstand der Begründung, die für sich keine Bindungswirkung entfaltet; keine Verletzung im „Recht auf originäre Zuerkennung des Status des Asylberechtigten“, weil ein solches Recht nicht besteht

16.05.2018, [Ra 2018/04/0103](#)

**VwGG;** Abweisung des Antrags einer Partei auf **Wiedereinsetzung in den vorigen Stand;** dass der Partei ein Verschulden an der Fristversäumung zur Last liegt, hindert die Bewilligung der Wiedereinsetzung nicht, wenn es sich nur um einen minderen Grad des Versehens handelt; auch im Falle eines die Versäumung einer Antragstellung verursachenden **Verhaltens eines Rechtsanwaltsanwärters** ist zu prüfen, ob den bevollmächtigten Rechtsanwalt selbst ein Verschulden trifft; ggst ist auch unter Berücksichtigung des Ausbildungsstands des Konzipienten eine Nachkontrolle für die richtige Kalendrierung einer Frist erforderlich; im Wiedereinsetzungsantrag wird zwar eine grundsätzliche Kontrolle der Fristen behauptet, es wird indes nicht dargelegt, welche konkreten Kontrollmechanismen der Vertreter der Rw iZm den zu wählenden Fristen vorgesehen hat; insb ist dem Vertreter des Rw anzulasten, in der wegen des feststehenden Termins für die Rechtsanwaltsprüfung sehr wohl vorhersehbar angespannten Situation des Rechtsanwaltsanwärters keine entsprechenden Kontrollmaßnahmen getroffen zu haben; das Versehen des Vertreters des Rw übersteigt den minderen Grad des Verschuldens

29.05.2018, [Ra 2018/21/0060](#)

**VwGVG;** Aussagen zu treffen, etwas könne nicht festgestellt werden, ist im Allgemeinen nicht die Aufgabe eines **VwG;** vielmehr hat es regelmäßig ein Ermittlungsverfahren zu führen und nach Ausschöpfung der zur Verfügung stehenden Beweismittel in seiner Entscheidung **zu den fallbezogenen wesentlichen Sachverhaltsfragen eindeutig Stellung zu nehmen;** nur wenn auch nach Durchführung eines solchen Ermittlungsverfahrens eine klare Beantwortung einer derartigen Frage nicht möglich ist, kommt als Aussage allenfalls in Betracht, dass der betreffende Gesichtspunkt „nicht festgestellt werden kann“

11.06.2018, [Ra 2018/11/0074](#)

**ZustellG;** Einbringung der Beschwerden des Rw jeweils mit Anwaltsschriftsatz; damit galt der Rechtsvertreter des Rw auch als **Zustellbevollmächtigter** iSd § 9 Abs 1 ZustG; auf dem Ladungsformular zur mündlichen Verhandlung ist namentlich der Rw als Empfänger genannt, darunter die Zustelladresse seines Rechtsvertreters angeführt; auf dem zugehörigen Zustellnachweis (RSa) dieser Ladung ist ebenfalls der Rw namentlich als Empfänger genannt, darunter ist (anders als auf dem Ladungsformular) die Wohnadresse des Rw als Zustelladresse angeführt; die ggst Ladung entspricht daher nicht dem § 9 Abs 3 leg cit, wonach im Falle der Bestellung eines Zustellungsbevollmächtigten dieser als Empfänger zu bezeichnen ist; die Ladung gälte nur dann als bewirkt, wenn sie dem Zustellbevollmächtigten tatsächlich zugekommen wäre; verfehlt ist idZ die Rechtsansicht des VwG, die rechtswirksame Ladung des Rw sei schon durch die persönliche Übernahme der Ladung durch den Rw erfolgt und dieser hätte seinen Rechtsvertreter vom Verhandlungstermin verständigen müssen

## C. VERWALTUNGSGERICHE

BVwG 15.01.2018, [W172 2137681-1](#)

**VwGVG; VStG;** in verfassungskonformer Interpretation der Regelung des § 43 Abs 1 VStG beginnt die dort vorgesehene fünfzehnmonatige **Entscheidungsfrist** für das Verfahren vor dem VwG im Fall einer **Beschwerdevorentscheidung** erst mit Einlangen des Vorlageantrags gemäß § 15 VwGVG zu laufen

LVwG Oö 22.06.2018, [LVwG-080001](#)

**Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw NichtrauchererschutzG; VwGVG; AVG;** die bloße Aufforderung des Behördenvertreters an die im Lokal anwesende Kellnerin, dass diese infolge Abwesenheit des Lokalinhabers dafür Sorge zu tragen habe, dass das Rauchen ab sofort einzustellen ist und die Aschenbecher weggeräumt werden, stellt keine **Ausübung von unmittelbarer**

**verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt** dar; kein **verbesserungsfähiger Mangel** des Bf, wenn und soweit ein Mängelbehebungsauftrag dazu führen würde, dass dem Bf dadurch eine Erstreckung der sechswöchigen Beschwerdefrist ermöglicht wird

**LVwG Oö 22.06.2018, [LVwG-500355](#)**

**Oö NaturschutzG; Oö Raumordnungsg; Pferdeunterstände** mit einem Ausmaß von 6,5 m (Länge) mal 4,5 m (Breite) mal 3,7 m (Höhe), deren Errichtung bautechnische Kenntnisse bzw Fähigkeiten erfordert und die nicht im Rahmen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebs im Grünland errichtet und betrieben werden, unterliegen, wenn deren Errichtung zudem außerhalb einer geschlossenen Ortschaft erfolgt, der **Anzeigepflicht** gem § 6 Abs 1 Z 1 Oö NaturschutzG.

**LVwG Oö 03.07.2018, [LVwG-750369](#)**

**PersonenstandsG; EMRK**; der VfGH hat mit Erk vom 15.6.2018, G 77/2018, festgehalten, dass **intersexuelle Menschen**, deren biologisches Geschlecht nicht eindeutig „männlich“ oder „weiblich“ ist, gem Art 8 EMRK ein Recht auf eine ihrer Geschlechtlichkeit entsprechende **Eintragung im Personenstandsregister** oder in Urkunden haben; daher ist beim Bf im Zentralen Personenstandsregister dessen tatsächliches Geschlecht als „inter“ einzutragen, weil sich dieser Terminus mit den vom VfGH beispielhaft genannten Begriffen deckt; Zulässigkeit der ordentlichen Revision, weil eine Rsp des VwGH zur Frage, ob die Geschlechtsbezeichnung „inter“ nach § 2 Abs 2 Z 3 PersonenstandsG in das Zentrale Personenstandsregister eingetragen werden kann, fehlt; zudem fehlt Rsp des VwGH zur Frage, ob das VwG, das die beantragte Eintragung nicht selbst vornehmen kann, in einem derartigen Fall im Wege einer Feststellung zu entscheiden hat

**Hinweis:** Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich ([www.lvwg-ooe.gv.at](http://www.lvwg-ooe.gv.at)) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ ([www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at](http://www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at); seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

**LVwG Wien 05.06.2018, [VGW-152/071/16120/2017](#)**

**FremdenpolizeiG; StaatsbürgerschaftsG**; mit der Wortfolge „bestimmte Tatsachen“ sollte ausgedrückt werden, dass der vollziehenden Behörde bzw dem entsprechenden VwG ein **Ermessen** eingeräumt ist, die **Staatsbürgerschaft zu verleihen**, obwohl im Einzelfall eine der angeführten Ziffern des § 53 Abs 2 FremdenpolizeiG (Einreiseverbot) erfüllt ist und somit – nominell – ein Verleihungshindernis gem § 10 Abs 2 Z 1 StaatsbürgerschaftsG besteht, dies aber etwa aufgrund einer sehr langen Aufenthaltsdauer nicht unter den Terminus „bestimmte Tatsachen“ fällt

**LVwG Wien 29.06.2018, [VGW-101/014/7659/2018 ua](#)**

**VwGVG; IslamG**; mit einer mittels Bescheid ausgesprochenen **Aufhebung der Rechtspersönlichkeit** einer islamischen Religionsgesellschaft gem § 5 IslamG wird ohne jeden Zweifel ein subjektives Recht berührt, da diese Sachentscheidung unmittelbar und massiv in die Rechtssphäre dieser Kultusgemeinde eingreift, verliert sie doch dadurch ihre rechtliche Existenz, weshalb ihr (im Verfahren vor der belangten Behörde und im hg Beschwerdeverfahren) **Parteistellung** zukommt; eine ausdrückliche Regelung der Parteistellung ist dem IslamG nicht zu entnehmen

## **IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION**

### **A. GERICHTSHOF**

**[04.07.2018, Rs C-28/17, NN](#)**

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 49 AEUV – **Körperschaftsteuer** – Nationale steuerliche Regelung, die die Übertragung der von einer im nationalen Hoheitsgebiet gelegenen Betriebsstätte einer in einem anderen Mitgliedstaat ansässigen Gesellschaft erlittenen Verluste auf eine zum selben Konzern gehörende gebietsansässige Gesellschaft davon abhängig macht, dass es unmöglich ist, die Verluste für die Zwecke einer **ausländischen Steuer** zu verwenden

[04.07.2018, Rs C-626/16, Kommission / Slowakei](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Umwelt – **Abfalldeponien** – Richtlinie 1999/31/EG – Vorhandene Deponien – Art 14 – Endgültige Entscheidung über die Fortsetzung oder Nichtfortsetzung des Betriebs – Art 13 – **Stilllegungsverfahren** – Urteil des Gerichtshofs, mit dem eine Vertragsverletzung festgestellt wird – Nichtdurchführung – Art 260 Abs 2 AEUV – Finanzielle Sanktionen – Zwangsgeld und Pauschalbetrag

[04.07.2018, Rs C-532/17, Wirth ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verkehr – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 2 Buchst b – Anwendungsbereich – Begriff ‚**ausführendes Luftfahrtunternehmen**‘ – Vertrag über die Vermietung eines Flugzeugs mit Besatzung („**wet lease**“)

[05.07.2018, Rs C-339/17, Verein für lauterer Wettbewerb](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Bezeichnungen von Textilfasern und damit zusammenhängende Anforderungen an die Etikettierung und Kennzeichnung – Verordnung (EU) Nr 1007/2011 – Art 7 und 9 – Reine **Textilerzeugnisse** – Multifaser-Textilerzeugnisse – Art und Weise der **Etikettierung und Kennzeichnung**

[05.07.2018, Rs C-320/17, Marle Participations](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2, 9 und 168 – Wirtschaftliche Tätigkeit – Unmittelbare oder mittelbare Eingriffe einer Holding in die Verwaltung ihrer Tochtergesellschaften – **Vermietung** eines Gebäudes durch eine **Holdingsgesellschaft** an ihre Tochtergesellschaft – **Vorsteuerabzug** – Von einer Holdingsgesellschaft entrichtete Mehrwertsteuer auf Ausgaben für den Erwerb von Beteiligungen an anderen Unternehmen

[05.07.2018, Rs C-217/17 P, Mast-Jägermeister/ EUIPO](#)

Rechtsmittel – **Gemeinschaftsgeschmacksmuster** – Anmeldung von Geschmacksmustern in der Form von Bechern – Verordnung (EG) Nr 6/2002 – Art 36 Abs 1 Buchst c – Grafische Wiedergabe – Art 45 und 46 – Zuerkennung eines Anmelde-tags – Voraussetzungen – Verordnung (EG) Nr 2245/2002 – Art 4 Abs 1 Buchst e und Art 10 Abs 1 und 2

[05.07.2018, Rs C-213/17, X](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr 604/2013 – Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem **Drittstaatsangehörigen** in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf **internationalen Schutz** zuständig ist – Art 17, 18, 23 und 24 – Vorhergehendes, in einem anderen Mitgliedstaat laufendes Verfahren des internationaler Schutzes – Neuer Antrag in einem anderen Mitgliedstaat – Fehlen eines fristgerechten Wiederaufnahmegesuchs – Übergabe der betreffenden Person zur **Strafverfolgung**

[05.07.2018, Rs C-43/17 P, Jenkinson / Rat ua](#)

Rechtsmittel – Schiedsklausel – **Bedienstete internationaler Missionen** der Europäischen Union – Zuständigkeit für Streitigkeiten über **Arbeitsverträge** – Aufeinanderfolgende befristete Dienstverträge – Schiedsklauseln, nach denen im letzten Vertrag die Unionsgerichte und in den früheren Verträgen die Gerichte in Brüssel (Belgien) für zuständig erklärt werden – Entscheidung, den letzten Vertrag nicht zu verlängern – Antrag auf Umqualifizierung sämtlicher Vertragsverhältnisse in einen ‚unbefristeten Vertrag‘ – Schadensersatzansprüche wegen missbräuchlicher Kündigung – Berücksichtigung der dem letzten Vertrag vorangegangenen Vertragsverhältnisse – Zuständigkeit des Gerichts der Europäischen Union

[05.07.2018, Rs C-27/17, flyLAL-Lithuanian Airlines](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit** in Zivilsachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Besondere Zuständigkeiten – Art 5 Nr 3 – Unerlaubte Handlung oder Handlung, die einer unerlaubten Handlung gleichgestellt ist – Ort, an dem das schädigende Ereignis eingetreten ist – Ort der Verwirklichung des Schadenserfolgs und Ort des für den Schaden ursächlichen Geschehens – Klage auf Ersatz des angeblich durch in verschiedenen Mitgliedstaaten begangene **wettbewerbswidrige Verhaltensweisen** verursachten Schadens – Art 5 Nr 5 – Betrieb einer Zweigniederlassung – Begriff

### [05.07.2018, Rs C-544/16, Marcandi](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2 Nr 1 Buchst c – Ausgabe von ‚Guthabepunkten‘, die zur Abgabe von Geboten bei **Online-Auktionen** verwendet werden können – Dienstleistung gegen Entgelt – Zwischenschritt – Art 73 – **Besteuerungsgrundlage**

### [05.07.2018, Rs C-390/16, Lada](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Rahmenbeschluss 2008/675/JI – Berücksichtigung einer in einem anderen Mitgliedstaat ergangenen früheren Verurteilung in einem neuen Strafverfahren – Besonderes Verfahren zur Anerkennung einer in einem anderen Mitgliedstaat ergangenen **strafrechtlichen Verurteilung** – Überprüfung und rechtliche Neubewertung der früheren Entscheidung – Grundsatz der **gegenseitigen Anerkennung** – Art 82 Abs 1 AEUV

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

### [04.07.2018, Rs C-220/17, Planta Tabak \(GA Saugmandsgaard ØE\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Rechtsangleichung – Herstellung, Aufmachung und Verkauf von **Tabakerzeugnissen** – Richtlinie 2014/40/EU – Art 7 Abs 1 und 7 – Verbot des Inverkehrbringens von Tabakerzeugnissen mit einem **charakteristischen Aroma** – Art 7 Abs 14 – Übergangsfrist für Tabakerzeugnisse mit einem charakteristischen Aroma, deren unionsweite Verkaufsmengen 3 % oder mehr einer bestimmten Erzeugniskategorie darstellen – Prüfung der Gültigkeit – Gleichbehandlungsgrundsatz – Art 13 Abs 1 Buchst c – Auslegung – Verbot von Elementen oder Merkmalen, die sich auf den Geschmack, Geruch, eventuelle Aromastoffe oder sonstige Zusatzstoffe oder auf deren Fehlen beziehen – Anwendung auf Tabakerzeugnisse mit einem charakteristischen Aroma, die nach dem 20. Mai 2016 weiterhin zum Verkauf zugelassen sind

### [04.07.2018, Rs C-308/17, Kuhn \(GA Bot\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Zuständigkeit in Zivil- und Handelssachen – Anwendungsbereich – Art 1 Abs 1 – Begriff ‚Zivil- und Handelssachen‘ – **Anleihen** eines Mitgliedstaats – Beteiligung an der Umstrukturierung der griechischen Staatsschuld – Einseitige, rückwirkende Änderung der Anleihebedingungen – **Collective Action Clause** – Von privaten Gläubigern, die als natürliche Personen Inhaber dieser Anleihen sind, gegen den Staat erhobene Klage – **Haftung des Staates** für acta iure imperii – Besondere Zuständigkeiten – Art 7 Nr 1 Buchst a – Zuständigkeit für Klagen in Vertragsangelegenheiten – Begriff ‚Vertrag oder Ansprüche aus einem Vertrag‘ – Begriff ‚von einer Partei gegenüber einer anderen freiwillig eingegangene Verpflichtung‘ – Begriff ‚Ort, an dem die Verpflichtung erfüllt worden ist oder zu erfüllen wäre‘ – Bedingungen für die Zeichnung der Staatsanleihe – Aufeinanderfolgende Übertragungen der Forderung – Tatsächlicher Erfüllungsort der Hauptpflicht – Zahlung von Zinsen

### [05.07.2017, Rs C-328/17, Amt Azienda Trasporti e Mobilità ua \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Öffentliche Aufträge** – Zulässigkeit – Wegfall des Streitgegenstands – Richtlinie 89/665/EWG – Nachprüfungsverfahren – Teilnahme an der **Ausschreibung** als Voraussetzung für die Klagebefugnis – Klagebefugnis des Bieters bei absoluter Gewissheit des Ausschlusses

## **C. GERICHT**

### [03.07.2018, T-402/17 und T-403/17, Vienna International Hotelmanagement/ EUIPO \(Vienna House\)](#)

Unionsmarke – Anmeldungen der **Unionswortmarke** Vienna House und der Unionsbildmarke VIENNA HOUSE – Absolutes Eintragungshindernis – Beschreibender Charakter – **Fehlende Unterscheidungskraft** – Art 7 Abs 1 Buchst b und c der Verordnung (EG) Nr 207/2009 [jetzt Art 7 Abs 1 Buchst b und c der Verordnung (EU) 2017/1001]

## V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

03.07.2018, Beschwerde Nr [12257/06](#), *Topal / Republik Moldau*

**Verletzung** von Art 6 EMRK (Recht auf ein faires Verfahren); **Klageerhebung** vom ehemaligen Regierungschef des autonomen Gebiets Gagausien (Bf) wegen **Rentenansprüchen**; **rückwirkende Aufhebung** des anspruchsbegründenden Gesetzes während des Verfahrens durch die Volksversammlung; die nationalen Gerichte lehnten die Klage mit der Begründung ab, dass es keine Rechtsgrundlage dafür gebe; Aufhebung während des Verfahrens war **nicht gerechtfertigt**; **Verletzung** von Art 6 EMRK

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

### DISCLAIMER

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

### IMPRESSUM

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.